



Die Medienwelt gestalten – Gewerkschaften sind dabei

Selbst gestandene Beobachterinnen und Beobachter trauen sich längst nicht mehr vorherzusagen, wohin sich die Medien entwickeln werden. Sicher scheint nur der permanente Wandel: neue Technologien und Anwendungsgebiete, die Aufsplitterung in Spezialthemen, der immer schnellere Zugang zu Informationen. Für uns Gewerkschaften stellt sich dabei die Frage: Wie verändern die technischen Entwicklungen die Arbeitsbedingungen in den Medien? Wie kann die journalistische Qualität gesichert werden, wenn Redaktionen parallel Print-, Audio-, und Online-Produkte herstellen müssen, dafür aber nicht mehr Beschäftigte einstellen, sondern vielmehr Arbeitsplätze streichen oder auslagern in nicht tarifgebundene Tochtergesellschaften - oder gleich in Leiharbeitsfirmen?

Relevant sind Medien für Gewerkschaften aber auch aus gesellschaftspolitischer Sicht. Nicht zuletzt die NSA-Affäre zeigt, wie wichtig es ist, die Presse- und Medienfreiheit zu stärken, die Bürgerrechte zu wahren und die technischen Möglichkeiten mit einem angemessenen rechtlichen Rahmen auszustatten. Eine demokratische Gesellschaft braucht vielfältige, publizistisch hochwertige Medien - sie sind ein Grundpfeiler unserer freien Grundordnung. Deshalb mischen wir uns in die Debatten um die Gegenwart und Zukunft der Medien ein, und engagieren sich unsere Gremienmitglieder in den Rundfunkräten und den Landesmedienanstalten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund versteht sich auch in diesem Sinne als Interessenvertretung.

Auf seinem 20. Ordentlichen Bundeskongress hat der DGB die Grundlagen seiner medienpolitischen Arbeit für die nächsten vier Jahre umrissen. Wir wollen die Medienwelt von heute und morgen mitgestalten – und stehen für Vielfalt, für Meinungsfreiheit und für Qualität.

Reiner Hoffmann

Themen:

DGB-Kongressbeschluss zu Medienpolitik	2
DGB Nord zu Kabelnetzen	3
Die Linke will Staatsferne beim MDR	5
Europäische Bürgerinitiative für Medienpluralismus	6
Ukraine: ROG rügt Übergriffe auf Journalisten	6
Smart TV: Positionen zum Datenschutz	7
NDR: Gremien werden transparenter	8
WDR geht auf Verleger zu	9
ZDF: Fernsehrat erweitert Internetauftritt	10
ver.di: Absage der Nordverleger empörend	11
Arbeitsplatzvernichtung bei Madsack	11
Medienlink	12
Lesetipp	13
Veranstaltungen	14
Impressum	15



DGB: Presse- und Medienfreiheit stärken

Grundsätze zur Medienpolitik haben die Delegierten des 20. Ordentlichen DGB-Kongresses Mitte Mai in Berlin einstimmig beschlossen. Darin heißt es unter anderem: „Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der NSA-Affäre sehen die Gewerkschaften die Notwendigkeit, die Presse- und Meinungsfreiheit zu stärken.“ Ein umfangreicher Informantenschutz sei hierzu ebenso notwendig, wie den Redaktionsschutz und das Zeugnisverweigerungsrecht zu stärken. Demokratie brauche Meinungsvielfalt statt Meinungsmacht. Medienpolitik müsse dem Doppelcharakter der Medien als Kultur- und Wirtschaftsgut gerecht werden, in eben dieser Reihenfolge. Die Betrachtung von Medien allein als ökonomischer Faktor dürfe niemals ihr Handeln bestimmen. Die Regierungen von Bund und Ländern müssten eine Rahmengesetzgebung schaffen, in der Kartell- und Medienrecht wirksam ineinandergreifen. Weitere Lockerungen der Pressefusionskontrolle lehnen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften im Sinne der publizistischen Vielfalt ab.

Für die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei es unerlässlich, ihn finanziell ausreichend abzusichern und seinen Zugang zu neuen technischen Entwicklungen zu ermöglichen. Der DGB spricht sich erneut eindeutig gegen die so genannte 7-Tage-Frist für die Onlineinhalte aus. Der „Sendungsbezug“ müsse durch den „Programmauftragsbezug“ ersetzt werden. Auch für einen Jugendkanal von ARD und ZDF bezieht der DGB Position.

Die Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten in Rundfunkanstalten, Redaktionen, Verlagen und Medienunternehmen habe für die Gewerkschaften einen hohen Stellenwert. Deshalb setze sich der DGB für mehr Mitbestimmung und qualitativ hochwertige Qualifizierungsangebote in der Medienwirtschaft ein. Weiterhin spricht sich der DGB dafür aus, Vertreterinnen und Vertreter der Exekutive gesetzlich aus den Aufsichts- und Kontrollgremien des Rundfunks auszuschließen. Gremiensitzungen sollten grundsätzlich öffentlich sein, Tagesordnungen, Protokolle, Beschlüsse und die Höhe der Aufwandsentschädigungen öffentlich zugänglich gemacht werden.

Qualitätsjournalismus müsse gefördert werden. Er sei die Basis eines demokratischen Medienangebotes. Der DGB begrüßt Initiativen für neue Finanzierungen insbesondere von Lokal- und Regionaljournalismus. Alternative Finanzierungsmodelle könnten aber tariflich bezahlte, reguläre

Den vollständigen Text gibt es unter:

<http://tinyurl.com/neu2uzt>

Sachgebiet K

Beschäftigungsstrukturen mit Guter Arbeit und sicheren Perspektiven in Verlagen, Medienunternehmen und öffentlich-rechtlichen Medien nie ersetzen. Deshalb liege es weiterhin in der Verantwortung der Medienunternehmen, Qualitätsjournalismus in ihren Häusern mit den entsprechenden Rahmenbedingungen zu garantieren.

Die Möglichkeit, sich über unabhängige Medien umfassend über politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge zu informieren, dürfe keine Frage des Einkommens sein. Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bedeute das, dass alle Maßnahmen, die den Niedriglohnsektor zurückdrängen und für gute, existenzsichernde Löhne und Gehälter sorgen, gleichzeitig ein Beitrag zur Pluralität im Medienbereich sind.

Sowohl auf europäischer, wie auf internationaler Ebene müsse das Recht der Urheberinnen und Urheber im Mittelpunkt von Regulierungen stehen, nicht das der verwertenden Unternehmen. Das in der letzten Legislaturperiode beschlossene Leistungsschutzrecht für Presseverlage im Internet sei völlig unzureichend. Weitere Punkte des Beschlusses sind der weltweite Schutz von Journalistinnen und Journalisten sowie die Europäische Medienpolitik.



DGB: NDR-Programme gehören ins Kabelnetz

Kabel Deutschland hat den Empfang von Dritten Programmen des NDR in der Region Hamburg drastisch eingeschränkt. So können nun etwa Schleswig-Holsteiner nur noch das „Schleswig-Holstein Magazin“, aber nicht mehr, wie bisher im analogen Kabel auch, das „Hamburger Journal“ des NDR empfangen. Stattdessen wurde der Sendeplatz im analogen Kabelkanal mit einem privaten Programm belegt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Nord (DGB Nord) sieht in diesem Vorgehen einen schweren Schlag gegen den freien Informationszugang in der Metropolregion Hamburg und darüber hinaus. „Das Abschalten von Dritten Programmen der ARD durch einen privaten Kabelnetzbetreiber führt dazu, dass ein großer Teil der Bevölkerung von wichtigen Informationen und hochwertigen Unterhaltungsangeboten abgeschnitten wird. Gerade in der Metropolregion

Hamburg, wo täglich Hunderttausende in Hamburg arbeiten und im Umland leben, ist diese Informationssperre wie ein Relikt aus der Zeit der Schlagbäume und Grenzposten. Kabel Deutschland muss diese Entscheidung zurücknehmen", sagte Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord und stellvertretender Vorsitzender des Vereins „Initiative Pro Metropolregion Hamburg“ (IMH) Mitte Mai.

Seit Monaten speisen Netzbetreiber im Streit um Einspeiseentgelte bundesweit öffentlich-rechtliche Programme im analogen Kabel aus oder verschlechtern die Signalqualität, um so ihren finanziellen Forderungen gegenüber ARD und ZDF Nachdruck zu verleihen – die Firmen vertreten den Standpunkt, dass sie nur das örtliche Dritte Programm analog anbieten müssen, nicht aber das Dritte aus anderen Bundesländern. Uwe Polkaehn: „Die Geschäftspolitik von Kabel Deutschland darf nicht auf dem Rücken der Zuschauer ausgetragen werden. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind ausschließlich auf das analoge Kabel angewiesen. Ein privater Kabelnetzbetreiber, der einen Teil der Allgemeinheit von Informationen der öffentlich-rechtlichen Sender ausschließt, missbraucht seine Marktmacht.“

Eine baldige Lösung des Konflikts um die Einspeiseentgelte ist nach Auffassung der Gewerkschaften wünschenswert. Polkaehn: „ARD und ZDF haben mit dem Geld der Gebührenzahler einen hochwertigen Inhalt erstellt, den die Kabelnetzbetreiber vermarkten und zu privaten Gewinnen machen wollen. Sie sollten aber nicht zweimal kassieren: einmal bei den Kabelkunden und dann auch noch bei den Lieferanten ihrer Ware.“ Gesellschaftspolitisch sei es nicht hinzunehmen, wenn eine Privatfirma im norddeutschen Raum öffentlich-rechtliche Inhalte, die grenzüberschreitend von Bedeutung sind, einfach eliminiere und durch das „Abnudeln“ von US-Serien und anderem Kommerzfunk ersetze. Im Norden und insbesondere in der Metropolregion Hamburg werde gerade intensiv über weniger Grenzen und mehr Zusammenarbeit gesprochen. „Da wäre es ein grotesker Rückfall in uralte Zeiten, wenn dauerhaft Schleswig-Holsteiner und Niedersachsen nicht erfahren können, was der NDR aus Hamburg berichtet und umgekehrt. Kabel Deutschland schädigt so auch die Wirtschaft im Norden“, so Polkaehn.

Die Linke: Staatsferne auch beim MDR sicherstellen

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Staatsvertrag haben die Linksfractionen in den Landtagen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Mitte Mai gleichlautende Anträge in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Darin werden die drei Landesregierungen aufgefordert, miteinander in Verhandlungen zu treten und zur Vorbereitung einer Neufassung des MDR-Staatsvertrages eine Drei-Länder-Arbeitsgruppe aus Regierungsvertretern, Landtagsabgeordneten und Sachverständigen zu bilden. Dazu erklärt Stefan Gebhardt, medienpolitischer Sprecher der sachsen-anhaltinischen Landtagsfraktion: „Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Zusammensetzung des ZDF-Fernsehrates hat neue Maßstäbe für die Rundfunkfreiheit gesetzt. In den Kontrollgremien der öffentlich-rechtlichen Sender sollen laut Verfassungsgericht möglichst unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungshorizonte aus allen Bereichen des Gemeinwesens' einbezogen werden.“ Weiter habe das Gericht gefordert, dass der Anteil der staatlichen und staatsnahen Mitglieder insgesamt ein Drittel der gesetzlichen Mitglieder des jeweiligen Gremiums nicht übersteigen darf. Für die weiteren Mitglieder sei die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks konsequent staatsfern auszugestalten. Vertreter der Exekutive dürfen auf die Auswahl der staatsfernen Mitglieder keinen bestimmenden Einfluss haben. „Entweder der öffentlich rechtliche Rundfunk ist staatsfern oder er ist keiner“, so Gebhardt. Insbesondere die Besetzung des Rundfunkrates mit Frauen, die Vertretung von Migrantenorganisationen sowie die Einbeziehung ethnischer Minderheiten müsse bei der Novellierung des MDR-Staatsvertrages Berücksichtigung finden. Diese Maßstäbe müssten künftig auch für den Mitteldeutschen Rundfunk gelten, insbesondere für die Zusammensetzung der Gremien des MDR.

Vor den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen wäre es falsch, das Thema MDR-Staatsvertrag auf die lange Bank zu schieben. Eine medienpolitische Abstimmung zwischen den drei Ländern sei dringend notwendig. Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die Vorschläge zur Vielfaltssicherung in den MDR-Gremien erarbeiten soll, müsse jetzt vorbereitet werden. Bis zum Herbst könnte die Struktur dieses Gremiums beraten und die hinzuzuziehenden Sachverständigen ausgewählt werden. Damit wäre garantiert, dass die Arbeitsgruppe unmittelbar nach der Konstituierung der Landtage ihre Arbeit aufnehmen könne.



EU-Initiative für Medienpluralismus

Eine EU-Bürgerinitiative setzt sich für Medienpluralismus und Pressefreiheit ein. Sie fordert, die Europäische Union solle eine Medienpluralismus-Richtlinie entwickeln, die einer Eigentumskonzentration im Medien- und Werbemarkt entgegenwirkt und die Unabhängigkeit bestehender Aufsichtsgremien von politischem Einfluss garantiert. Auch soll sie dem Missbrauch von vorherrschender Meinungsmacht für wirtschaftliche und politische Partikularinteressen vorbeugen. In Form eines regelmäßigen Berichts über Medienkonzentration in den Mitgliedsstaaten sollen die Medienbesitzstrukturen transparent gemacht und die Unabhängigkeit der Medien bewertet werden. Ebenso sollen mit einer solchen Richtlinie Leitlinien und „best practices“ neuer, zukunftsfähiger Verlagsmodelle erfasst werden, um die Qualität des Journalismus zu garantieren und diejenigen zu unterstützen, die in dieser Branche arbeiten.

Ins Leben gerufen wurde die Europäische Bürgerinitiative für Medienpluralismus (EIMP) von der Organisation European Alternatives gemeinsam mit der Alliance Internationale de Journalistes. Mit diesem Instrument kann die Kommission gezwungen werden, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Inzwischen umfasst die Initiative fast hundert verschiedene Organisationen, Medien und Berufsverbände aus ganz Europa. Auch die dju in ver.di und der Deutsche Journalisten-Verband unterstützen das Vorhaben. Benötigt werden eine Million Unterschriften aus mindestens sieben Mitgliedstaaten, die nach einem Quorum aufgeteilt sind. Aus Deutschland werden mindestens 74250 Unterschriften gebraucht. Unterzeichnet werden kann noch bis zum 18. August 2014.

Mehr Infos:

<http://www.mediainitiative.eu/de/>

Ukraine: ROG verurteilt Übergriffe gegen Journalisten

Mit großer Sorge beobachtet Reporter ohne Grenzen (ROG) die andauernden Übergriffe gegen Journalistinnen und Journalisten in Teilen der Ukraine. Prorussische Bürgerwehren entführen Journalisten, um sie mundtot zu machen oder Lösegelder zu erpressen. Radikale ukrainische Nationalisten rufen zu ähnlichen Taten auf. Die ukrainische Armee nimmt immer wieder russische Journalisten fest, die anschließend von offizieller Seite als Terroristen dargestellt werden. Während die internationale Aufmerksamkeit sich derzeit vor allem auf die eskalierende Lage im Osten des Landes richtet, bleibt die Lage auch für

www.reporter-ohne-grenzen.de

Medienschaffende auf der Krim gefährlich. „Es ist erschreckend zu sehen, wie Journalisten in der Ukraine zwischen die Fronten geraten und zum Spielball politischer Interessen werden. Dass wir heute über Folter und Entführung von Journalisten im Herzen Europas sprechen müssen, zeugt von einem schwer vorstellbaren Ausmaß an politischer Verrohung“, sagte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr. „Journalisten müssen auch in einer Konfliktsituation in der Lage sein, unbehelligt über die Aktivitäten aller Akteure zu recherchieren und zu berichten.“ Die ROG-Partnerorganisation Institute of Mass Information (IMI) hat seit Jahresbeginn 218 Angriffe auf Journalisten in der Ukraine gezählt. Allein in der Woche vom 10. bis zum 16. Mai zählte das IMI 15 tätliche Angriffe; unter anderem wurden Journalisten beschossen, entführt und gefoltert. Die Ukraine steht auf Platz 127 von 180 Ländern in der ROG-Rangliste der Pressefreiheit.

Unterdessen haben ARD und ZDF beschlossen, ihre Teams aus der ostukrainischen Stadt Donezk aus Sicherheitsgründen abzuziehen. WDR-Chefredakteurin Sonia Mikich erklärte dazu: „Durch die Kämpfe um den Flughafen und den Bahnhof ist eine sichere Evakuierung sonst nicht mehr jederzeit möglich. Diesen Risiken können und wollen wir unsere Kolleginnen und Kollegen nicht aussetzen.“ ZDF-Chefredakteur Peter Frey betonte, es sei sehr wichtig, mit „unseren Reportern vor Ort zu sein, um uns ein direktes Bild der Lage zu machen.“ Doch im Zweifel gelte: „Sicherheit geht vor.“ Die Berichterstattung aus der Ukraine bleibe von anderen Orten aus jederzeit gewährleistet.

Smart-TV: Positionen für mehr Datenschutz

Smart-TV braucht Datenschutz: Die Datenschutzbeauftragten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die für den nicht-öffentlichen Bereich zuständigen Datenschützer haben ein Positionspapier verabschiedet, das die Grundregeln für Smart-TV festlegt. Wenn der Zuschauer zusätzlich zum Fernsehangebot Internetdienste auf seinen Bildschirm holt, sei technisch ein Datenaustausch nicht vermeidbar. Diese Daten müssten aber strikt zweckgebunden bleiben, und schon gar nicht dürfe ein personenbezogenes Nutzungsprofil entstehen, heißt es darin. „Smart-TV-Geräte bieten dem Zuschauer viele nützliche Zusatzfunktionen. Einen nachhaltigen Markterfolg wird es für die Geräte aber nur dann geben, wenn der Zuschauer auf den wirksamen

Als PDF unter:

www.datenschutz.zdf.de

Schutz seiner Daten vertrauen kann“, so der Vorsitzende des Arbeitskreises der Rundfunkdatenschutzbeauftragten, Christoph Bach vom ZDF.

Das gemeinsame Positionspapier hält unter anderem fest, dass die anonyme Nutzung von Fernsehangeboten auch bei Smart-TV-Geräten gewährleistet sein muss. Eine Profilbildung über das individuelle Fernsehverhalten sei ohne Information und Einwilligung der Zuschauerinnen und Zuschauer unzulässig. Darüber hinaus müssen Smart-TV-Geräte, die HbbTV-Angebote der Sender sowie sonstige Web-Dienste über sicherheitstechnische Mechanismen verfügen, die die Geräte und den Datenverkehr vor dem Zugriff unbefugter Dritter schützen.

Die Datenschutzbeauftragten von ARD und ZDF begrüßen es, dass das Positionspapier von den Datenschutzaufsichtsbehörden der Gerätehersteller und den für die privaten Sender zuständigen Landesmedienanstalten mitgetragen wird. „Mit diesen gemeinsam verabschiedeten Anforderungen gewinnen alle Beteiligten, also Gerätehersteller, Rundfunkanstalten und sonstige Anbieter, Klarheit, welcher datenschutzrechtliche Rahmen zu berücksichtigen ist“, sagt Horst Brendel, Datenschutzbeauftragter des Norddeutschen Rundfunks.

NDR: Gremien machen ihre Arbeit transparenter

Die Gremien des NDR werden ihre Arbeit transparenter gestalten: Ab Juni werden die Tagesordnungen der Sitzungen des Rundfunkrates, der Landesrundfunkräte und des Verwaltungsrates sowie die Zusammenfassungen der Sitzungsergebnisse im Internet veröffentlicht. NDR Rundfunkrat und NDR Verwaltungsrat haben entsprechend die Satzung des NDR geändert. Ute Schildt, Vorsitzende des NDR Rundfunkrates erklärte: „Mit diesem Schritt zeigen wir, wie wichtig den NDR-Gremien die Transparenz ihrer Arbeit ist. Was wir im NDR Rundfunkrat beraten, kann künftig jederzeit und von jedem im Internet nachvollzogen werden.“ Ulf Birch, Vorsitzender des NDR Verwaltungsrates meinte: „Auch der Verwaltungsrat des NDR gestaltet seine Arbeit im Internet transparenter, weil die Aufsichtsgremien die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Sendegebiet vertreten. Begleitet wird dieser Schritt von einer stärkeren Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.“

www.NDR.de/unternehmen

WDR geht auf Verleger und Produzenten zu

Der WDR will Audios und Videos künftig auch Drittplattformen zur Verfügung stellen. Das kündigte Intendant Tom Buhrow laut WDR-Webseite auf dem Medienforum NRW im Mai in Köln an. Nachrichtenwebseiten können WDR-Inhalte dann mit einem „Embedded Player“ in eigene Angebote einbetten. Diese Kooperation soll sich zunächst auf Livestreams bei Events beziehen. Das schaffe eine „Win-Win-Situation“, so Buhrow. Grundsätzlich sei denkbar, das Angebot weiter auszubauen. Vorher müssten jedoch tarif- und urheberrechtliche Fragen geklärt werden. „Wir haben alle die Herausforderung, die nächste Generation für unsere Inhalte zu begeistern. Lassen Sie uns Gemeinsamkeiten ausloten.“ Die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sich WDR, Verleger und Produzenten gegenseitig stärken und ergänzen könnten, werde immer wichtiger. Das sei insbesondere im Hinblick auf neue Konkurrenten in der Medienlandschaft von Bedeutung.

Insgesamt habe es der WDR mit härteren Rahmenbedingungen zu tun: Im stärker werdenden Wettbewerb müsse er den Balanceakt zwischen Bedarf und Anforderungen schaffen. Haushaltslöcher, sinkender Rundfunkbeitrag, ein strukturelles Defizit: Der WDR werde – wie angekündigt – noch mehr sparen als bisher. Denn auch die Mehreinnahmen aus dem Rundfunkbeitrag könne er nicht nach eigenem Willen ausgeben. Der Gesetzgeber entscheide, wofür es ausgegeben werden dürfe. In diesem Jahr spare der WDR in einem ersten Schritt bereits eine zweistellige Millionensumme, außerdem 50 Stellen. Der härtere Sparkurs bedeute allerdings auch, dass der WDR weniger Projekte umsetzen kann: „Beides zusammen – schrumpfen und gleichzeitig jeden Tag noch mehr machen“, könne nicht gehen, betonte Buhrow angesichts von Forderungen nach mehr Engagement bei Produktionen oder in der Kultur.

Um sich weiter in der Medienlandschaft behaupten zu können, sei der WDR auf Unterstützung aus der Politik angewiesen. Dazu gehöre ein barrierefreier Zugang zur „digitalen Welt“, sagte Buhrow. Nur so könne der WDR auch dort seinem Auftrag nachkommen, allen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu Kultur, Bildung, Information, Sport und Unterhaltung zu gewähren. Dabei sei wichtig, auch die Verweildauer für öffentlich-rechtliche Angebote in Mediatheken zu überdenken. Ministerpräsidentin Kraft habe bereits beim Medienforum 2013 angesprochen, dass die Sieben-Tage-Regelung aus dem Rundfunkstaatsvertrag gestrichen werden solle. Landesregierung, Verleger, Produzenten aus NRW und WDR beraten das Thema derzeit gemeinsam.



ZDF-Fernsehrat erweitert Internetauftritt

Der ZDF-Fernsehrat erweitert seinen Internetauftritt. Zukünftig wird auch der „Tätigkeitsbericht des Intendanten“ dort zu finden sein. Darin unterrichtet Intendant Dr. Thomas Bellut zu jeder Fernsehratssitzung das Gremium über die laufende Arbeit des ZDF. Damit erweitert der Fernsehrat die Transparenz seiner Arbeit. Schon jetzt veröffentlicht er zu jeder Sitzung vorab die Tagesordnung und im Nachhinein das Beschlussprotokoll sowie den Beschwerdebericht, eine Zusammenfassung der laufenden Programmbeschwerden. „Transparenz ist für den Fernsehrat ein wichtiges Thema. Das hat auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Staatsvertrag gezeigt, das ein hohes Maß an Transparenz eingefordert hat“, erklärt der Fernsehratsvorsitzende Ruprecht Polenz nach der Sitzung des Gremiums im Mai. „Wir sind da gut aufgestellt und haben seit März 2013 ein umfangreiches Angebot, das wir jetzt noch erweitern.“

www.fernsehrat.zdf.de

Die Zusammensetzung des Fernsehrats ist auf der Seite nachzuvollziehen, auch aufgliedert nach den entsendenden Organisationen. Eine interaktive Anwendung gibt weitere Informationen über die einzelnen Mitglieder. Weitere Module gibt es zu den einzelnen Ausschüssen, deren Aufgaben und Zusammensetzungen dargestellt werden. Auch über die Höhe der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder der Mitglieder gibt die Seite Aufschluss. Der Fernsehrat verstehe sich als Anwalt des Zuschauers, so Polenz. Deshalb sei der Umgang mit Programmbeschwerden auch auf der Internetseite ein zentraler Punkt. Das Beschwerdeverfahren, das erst kürzlich konkretisiert wurde, ist detailliert beschrieben und ein Beschwerdeformular direkt verlinkt. So spiele das Internet die zentrale Rolle für die Transparenz der Fernsehratsarbeit und sei gleichzeitig ein wichtiges Bindeglied zum Zuschauer.



ver.di: Absage der Nordverleger empörend

Als „vollkommen unverständlich und empörend“ bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Frank Werneke, Mitte Mai die Absage der Tageszeitungsverleger aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zum Verhandlungsergebnis zwischen dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di. „Das Verhandlungsergebnis in der Fläche sieht für die Nordverlage bereits weitgehende Zugeständnisse bei der Entwicklung von Jahresleistung und Urlaubsgeld vor. Damit sind wir an die Grenzen dessen gegangen, was wir unseren Mitgliedern zumuten können. Es gibt weder wirtschaftliche noch andere nachvollziehbare Gründe für weitere Opfer“, machte Werneke deutlich. Der Gehalts- und der Manteltarifvertrag in den beiden Bundesländern befänden sich nun in der Nachwirkung für alle Gewerkschaftsmitglieder – und gälten uneingeschränkt. Das Verhandlungsergebnis für die Tageszeitungsredaktionen vom 24. April habe Kompromisse aller Beteiligten gefordert und trage der Forderung nach einer regionalen Lösung für den Norden hinreichend Rechnung. Dass die Zeitungsverleger in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sich nun darüber hinwegsetzten, nachdem bereits andere Landesverbände dem BDZV bereits seit längerem kein Verhandlungsmandat mehr erteilt hatten, wecke Zweifel an der tarifpolitischen Durchsetzungsfähigkeit des BDZV.

ver.di: Madsack vernichtet Arbeitsplätze

„Das angebliche Zukunftsprogramm ‚Madsack 2018‘ entpuppt sich als Programm zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und als Programm zur Verschlechterung von Arbeitsbedingungen durch Tarifflicht“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Frank Werneke, zu den öffentlich gewordenen Plänen des Hannoverschen Medienkonzerns, bei der „Leipziger Volkszeitung“ 36 Redakteursstellen zu streichen. Zudem greifen die Leipziger Madsack-Manager derzeit auch die Beschäftigten der Druckerei an, heißt es in einer ver.di-Mitteilung. Diese hatten in der Nacht von Montag auf Dienstag für die Übernahme des bundesweiten Tarifabschlusses der Druckindustrie gestreikt und gegen die Drohung der Geschäftsführung protestiert, die Lohnverzicht bis 2018 und darüber hinaus

verlangt, da sie andernfalls die Schließung der Druckerei ins Auge fasse. Das Leipziger Druckzentrum hat 2011 die Tarifbindung über den Arbeitgeberverband verlassen; die Beschäftigten mussten sich damals einen Haustarifvertrag erkämpfen. Im Rahmen des im vorigen Jahr verkündeten Programms „Madsack 2018“ will der Konzern bis dahin jährlich rund 40 Millionen Euro einsparen, um bei sinkenden Umsätzen die gleichen Gewinne wie in den vergangenen Jahren erwirtschaften zu können. „Mit tiefen Einschnitten in die Zahl der Arbeitsplätze und allen Formen der Tariffucht versucht einer der mächtigsten Medienkonzerne Deutschlands seine Rendite zu steigern“, sagte Werneke weiter. Er verwies darauf, dass der Geschäftsführer der Konzernzeitungen „Lübecker Nachrichten“ und „Ostsee-Zeitung“ treibende Kraft hinter dem Beschluss der Nord-Zeitungsverleger sei, den Ende April erzielten Tarifkompromiss für die Tageszeitungsredakteure abzulehnen. Weiteres Beispiel für das beschäftigtenfeindliche Handeln des Konzerns sei der seit 110 Streiktagen andauernde Tarifkonflikt im Kundenservicecenter (KSC) des Konzerns, das die Telefondienste von „Hannoverscher Allgemeine“ und „Neue Presse Hannover“ im Anzeigen- und Vertriebsbereich wahrnimmt. Das KSC wurde vor fast 14 Jahren aus dem Madsack-Verlag ausgegliedert, ist tariflos und die Beschäftigten mussten wegen ausbleibender Lohnerhöhung dort inflationsbedingte Reallohnsenkungen von rund 30 Prozent hinnehmen. „Auch in Druckerei, Verlag und den Lokalredaktionen der ‚Märkischen Allgemeinen‘ in Potsdam hat der Madsack-Konzern Tariffucht begangen und Mitarbeitern gekündigt“, sagte Werneke. Er verwies zudem auf die von Warnstreiks begleitete Auseinandersetzung in der tariflosen „Oberhessischen Presse“ sowie die bereits erfolgten Kündigungen in Göttingen.



Medienlink

Krautreporter wollen echten Journalismus im Netz

Das Projekt „Krautreporter“ haben 25 Journalistinnen und Journalisten ins Leben gerufen. Mit dabei sind u.a. Stefan Niggemeier, Hans Hütt, Thomas Wiegold und Theresia Enzensberger. Sie sind Fachleute in ihren speziellen Themen und wollen laut Website „ein tägliches Magazin für die Geschichten hinter den Nachrichten“ bieten. „Werbefrei, gemacht für das Internet, gegründet von seinen Lesern“, wie es weiter heißt. Sie meinen: Der Online-Journalismus ist kaputt. Weil vielen Medien Klicks wichtiger seien als Geschichten. Weil niemand mehr den Überblick

www.krautreporter.de

behalten könne, wenn die Welt nur noch in Eilmeldungen erklärt wird. Aber sie schreiben auch: „Wir kriegen das wieder hin. Mit gutem Journalismus: Reportagen, Recherchen, Porträts und Erklärstücken.“ Für die Finanzierung haben sie sich ein Crowdfunding-Modell ausgedacht: Sie wollen bis zum 13. Juni 15.000 Mitglieder werben, die jeweils 60 Euro für ein Jahr beitragen. Dafür können diese dann Texte kommentieren, haben Zugriff auf exklusive Inhalte, werden in Recherchen einbezogen und zu Veranstaltungen eingeladen. Rund 5570 Menschen haben sich schon als zahlende Unterstützerinnen und Unterstützer eingetragen.

Lesetipp

Generation 60+ „smart“ unterwegs

Einen neuen Baustein des Projekts „Silver Surfer – sicher online im Alter“ haben Mitte Mai die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, die Landeszentrale für Medien und Kommunikation und das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz in Mainz vorgestellt. Gemeinsam mit dem MedienKompetenzNetzwerk Mainz-Rheinhessen haben sie die Broschüre „Mobiles Internet und Smart-Technologien – auch im Alter sicher nutzen“ entwickelt, denn mit Smartphones und Tablet-PCs haben sich auch für die ältere Generation viele Chancen aufgetan. Immer mehr Seniorinnen und Senioren tasteten sich an die neuen Geräte und Anwendungen heran. Gleichzeitig fühlten sich viele ältere Menschen aber unsicher, hätten Angst, Fehler zu machen oder datenschutzrechtliche Bedenken. Die Broschüre greift aktuelle Entwicklungen auf und zeigt verständlich Vorteile und Risiken der neuen Technologien. Begleitend bietet das MedienKompetenzNetzwerk Mainz-Rheinhessen ab Sommer landesweit Kurse für Seniorinnen und Senioren an, die unter anderem an Volkshochschulen und in den Beratungsstellen der Verbraucherzentrale stattfinden werden.

Die neue Broschüre hilft „Silver Surfern“ bei der Auswahl von Geräten und Diensten. Sie erklärt, welche Besonderheiten mit der mobilen Nutzung des Internets einhergehen und wie man sich in der Welt der smarten Technologien zurechtfinden kann. Ein Themenschwerpunkt liegt auf dem Datenschutz, denn gerade in diesem Bereich lauern bei der Nutzung mobiler Endgeräte häufig Gefahren. Hierzu wurde gemeinsam mit dem rheinland-pfälzischen Landesdatenschutzbeauftragten ein Kapitel entwickelt. Leserinnen und Leser erhalten Tipps zur Sicherung ihrer Geräte und zum sorgsamem Umgang mit persönlichen Daten. Ein weiteres Kapitel ist den neuen mobilen Bezahlmethoden,

Mehr Infos und die Broschüre
als PDF:

www.silversurfer-rlp.de

dem sogenannten Mobile Payment, gewidmet. Unter diesen Begriff fällt eine Vielzahl von neuen Diensten, mit denen Verbraucher teilweise schon jetzt in Ladengeschäften bargeldlos bezahlen, indem sie ihr Smartphone einsetzen.

Zugleich wagt die Broschüre einen Blick in die Zukunft des Internets, die vor allem von vernetzten Geräten geprägt sein wird. Dies betrifft neben Geräten wie beispielsweise Kühlschränken auch Autos oder Fitness-Sensoren, die bislang nicht mit dem Internet verbunden sind. Leserinnen und Leser erfahren, was die smarten Technologien so schlau macht und warum sie unser Leben bereichern können. Je mehr Vernetzung stattfindet, desto größer werden jedoch die Möglichkeiten für Überwachung. Jeder sollte Chancen und Risiken gleichermaßen im Blick haben, so die Initiatoren. „Neue Technologien schreiten schnell voran und mobile Endgeräte wie Smartphones und Tablets, aber auch Smart-TVs gehören immer mehr zum Alltag aller Menschen. Uns ist es wichtig, mit der neuen Broschüre einen Beitrag dazu zu leisten, dass Seniorinnen und Senioren aktiv und sicher an der heutigen Medienwelt teilnehmen können“, betont Johannes Graßl von der Landeszentrale für Medien und Kommunikation.

Veranstaltungen

Internet Governance Forum

Eine Veranstaltung von Reporter ohne Grenzen, Collaboratory e.V., YouthPart und Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen

11. Juni 2014
10.00 – 17.00 Uhr

Factory
Rheinsberger Str. 76/77
10115 Berlin

Das Internet Governance Forum Deutschland (IGF-D) ist eine offene Diskussionsplattform zu Fragen der Internetregulierung. Es dient zur Vorbereitung der jährlichen Treffen des 2006 vom Generalsekretär der Vereinten Nationen einberufenen Internet Governance Forum, das allen Interessierten die

Anmeldungen unter:
<http://bit.ly/1pewtAW>
Mehr Infos:
www.intgovforum.de

Möglichkeit der Beteiligung an politischen Fragen rund um die Internet-Governance bietet.

Über die Arbeit des neuen Internetausschusses des Bundestags werden die Abgeordneten Thomas Jarzombek (CDU), Konstantin von Notz (Grüne), Halina Wawzyniak (Linke) sowie ein Vertreter der SPD diskutieren. Wirtschaftsstaatssekretär Stefan Kapferer präsentiert die digitale Agenda der Bundesregierung.

Jugendvertreter werden sich mit Hamburgs Datenschutzbeauftragtem Johannes Caspar über Bedeutung und Herausforderungen der Privatsphäre im Netz austauschen. Von wissenschaftlicher Seite beleuchten Milton Mueller (Syracuse University, Vorsitzender des Global Internet Governance Academic Network GigaNet), Avri Doria (Internet Engineering Task Force), Annegret Bendiek (Stiftung Wissenschaft und Politik), John Laprise (Northwestern University Qatar) und Rolf Weber (Universität Zürich, GigaNet-Vizevorsitzender) Fragen technischer Standards und Protokolle sowie Kooperationsprogramme zwischen Internetanbietern und Nachrichtendiensten.

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Referat
Medienpolitik, Henriette-Herz-
Platz 2, 10178 Berlin

Redaktion:
Dr. Sabine Nehls

Tel: 02129-959644
sabinenehls@postpur.de

Der DGB-medien-newsletter
kann abonniert werden über:
www.dgb.de/service/newsletter